



öffentlich

Betreff:

Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zur Tank- und Raststätte Havelseen

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD

Erstellungsdatum 05.01.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

27.01.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich gegenüber dem Land gegen den vorgeschlagenen Standort der Tank- und Raststätte auf Potsdamer Stadtgebiet einzusetzen.

Dem Hauptausschuss ist sobald möglich Bericht darüber zu erstatten, wie dies erfolgte. Die Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren ist dem Hauptausschuss zur Kenntnis zu geben.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Mit der Verwirklichung der Tank- und Rastanlage wird die Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungsziele der Landeshauptstadt Potsdam für die betroffenen Flächen wesentlich erschwert bzw. unmöglich gemacht. Die Flächen sind im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt insbesondere aufgrund ihrer besonderen Bodenqualität (sehr fruchtbarer Ackerboden) als landwirtschaftliche Flächen ausgewiesen. Der Erhalt der natürlichen Funktion des Bodens und der Naturhaushalt würden durch die geplanten Veränderungen stark gestört. Die maßgebliche Umgestaltung dieses ortsnahen Bereichs mit einem besonderen landschaftlichen Charakter zu einer Gewerbeanlage größeren Ausmaßes mit erheblichen Lärm-, Licht- und Schadstoffemissionen ist daher aus städtebaulichen und naturschutzrechtlichen Gründen abzulehnen. Der FNP der LHP sieht hier keine Entwicklung vor, so dass sich die LHP hier gebunden sieht, insbesondere um ihre knappen qualitativ hochwertigen Ackerflächen und den vorhandenen Landschafts- und Lebensraum zu schützen.